



Unsere Forderungen 2023

Krisen meistern – Fachkräfte sichern

Positionen der Arbeitnehmerkammer
zur Bürgerschaftswahl

HERAUSGEBER

Arbeitnehmerkammer Bremen

Bürgerstraße 1

28195 Bremen

Telefon 0421.3 63 01-0

Telefax 0421.3 63 01-89

info@arbeitnehmerkammer.de

www.arbeitnehmerkammer.de

Gestaltung

GfG/Gruppe für Gestaltung, Bremen

Fotografie

Kay Michalak

Druck

Wilhelm Brüggemann GmbH, Bremen

Stand: Januar 2023

Krisen meistern – Fachkräfte sichern

➔ Erst die Corona-Pandemie, dann Energiepreiskrise, Inflation und über allem die Klimakrise. Gesellschaft und Wirtschaft sind bundesweit mit erheblichen Belastungen konfrontiert. Dies gilt auch für das Land Bremen. Hier sind aber die Rahmenbedingungen schwieriger als anderswo. Viele Beschäftigte haben keinen Berufsabschluss, die großen Industriebetriebe sind durch den Umstieg auf erneuerbare Energien gefordert und der Rückstand bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist gegenüber anderen Bundesländern immer noch groß. Hinzu kommt die angespannte Haushaltslage. Die gute Nachricht ist jedoch: Insbesondere durch die Energiekrise ergeben sich auch Chancen. Der Wechsel zu erneuerbaren Energieträgern erfordert schnelles und entschiedenes Handeln – und Bremen kann hier mit seinen Erfahrungen aus der Offshore-Windenergie Akzente setzen.

Auch durch den sich zuspitzenden Fachkräftebedarf ergeben sich Chancen, beispielsweise in den sozialen Berufen oder auch im Handwerk. Hier kann das Land mit gezielten Weiterbildungsangeboten gerade die Menschen in gute Arbeit bringen, die bislang keine oder nur eine geringe Qualifikation haben. Dieser Wandel gelingt aber nicht zum Nulltarif. Sowohl abschlussbezogene Aus- und Weiterbildungen, als auch die Transformation der Wirtschaft kosten viel Geld. Aber klar ist auch: Wer heute und morgen nicht investiert, wird übermorgen die Quittung dafür erhalten. Ein flexibler Umgang mit der Schuldenbremse für Investitionen, die sich langfristig auszahlen, ist deshalb der richtige Weg. Denn nur so kann Bremen den Rückstand gegenüber anderen Regionen aufholen, Beschäftigung und Wohlstand schaffen und sich als zukunftsfähigen „good place to work“ aufstellen.



Peter Kruse
Präsident der
Arbeitnehmerkammer
Bremen



Peer Rosenthal
Hauptgeschäftsführer der
Arbeitnehmerkammer
Bremen

01 Beschäftigung

Bremen zum Land der fairen Arbeit machen



➔ Noch nie war die Zahl der Beschäftigten im Land Bremen so hoch. Mehr als 340.000 Menschen arbeiteten 2022 in einem sozialversicherten Job. Damit sind seit Beginn der Pandemie fast 7.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Beim näheren Hinsehen fällt jedoch auf: Zugenommen haben vor allem Teilzeitjobs, Minijobs und Leiharbeit. Inzwischen sind in der Leiharbeit sogar mehr Menschen beschäftigt als vor Beginn der Pandemie. Hinzu kommt, dass immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Tarif bezahlt werden. Nicht einmal jedes fünfte Unternehmen im Land Bremen ist noch tarifgebunden. Gleichzeitig spitzt sich in vielen Bereichen der Fachkräftemangel immer weiter zu – etwa im Handwerk, in der Pflege und in den Kitas. Faire Arbeitsbedingungen müssen deshalb Dreh- und Angelpunkt der Politik sein. Hiervon profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern auch der Wirtschaftsstandort, weil so die Attraktivität für Fachkräfte steigt. Klein aber oho – das kann das Markenzeichen dieses Bundeslandes werden – in Sachen Beschäftigung, Innovation, Krisenfestigkeit.

Initiative „Land der fairen Arbeit“ starten

Zu viele Menschen im Land Bremen arbeiten unter schlechten Bedingungen. Bremen braucht deshalb eine Landesinitiative für faire Arbeit, um unsichere Beschäftigung zurückzudrängen und für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Ein Bestandteil der Initiative kann ein Check „Faire Arbeit“ sein, dem sich Unternehmen unterziehen müssen, wenn sie sich für öffentliche Aufträge bewerben. Auch in der Wirtschaftsförderung muss sichergestellt werden, dass durch die Mittelvergabe keine unsicheren Arbeitsverhältnisse entstehen. Eine Hotline könnte Beschäftigte dabei unterstützen, Verstöße schnell zu melden und ihre Rechte zügig durchzusetzen. Die Kontrollbehörden müssen personell so aufgestellt sein, dass die Einhaltung des Arbeitsschutzes, des Mindestlohns, des Tariftreue- und Vergabegesetzes und des Arbeitszeitgesetzes zuverlässig überprüft werden kann.

Tarifbindung erhöhen, Lohndumping verhindern

Tarifverträge sind wichtige Instrumente, um für gute Löhne zu sorgen. Studien zeigen, dass Beschäftigte in Unternehmen mit Tarifvertrag durchschnittlich zehn Prozent mehr verdienen als Beschäftigte in vergleichbaren nicht-tarifgebundenen Unternehmen. Tarifverträge sorgen zudem für fairen Wettbewerb, der ohne Lohndumping auskommt. Die Landespolitik muss deshalb jedes Instrument nutzen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Die Erweiterung des Tariftreue- und Vergabegesetzes auf den Dienstleistungsleistungsbereich ist hier ein wichtiger Schritt gewesen. Daran anschließend sollte die nächste Landesregierung ein Bonus-System in der Wirtschaftsförderung für tarifgebundene Unternehmen einführen. Im Rahmen einer Imagekampagne kann sie darüber hinaus für Mitbestimmung und Tarifverträge werben. Zudem sollte die Vergabe von Gewerbeflächen an Kriterien geknüpft werden. Ansiedlungswillige Unternehmen könnten hier beispielsweise nach einem Punktesystem bewertet werden, bei dem die Tarifbindung eine Rolle spielt.

Der Logistiksektor ist für Bremen und Bremerhaven standortprägend und ein wichtiger Arbeitgeber. Besonders hier müssen sich aber künftig Arbeits- und Einkommensbedingungen verbessern. Im Zuge des Branchendialogs Logistik muss mit vereinten Kräften daran gearbeitet werden, dass die seit Jahren rückläufige Tarifbindung in dieser Branche wieder steigt.

Landesprogramm „Arbeitszeit und Lebenszeit“ für KMU auflegen

Flexible und gleichzeitig verlässliche Arbeitszeiten werden für Fachkräfte immer wichtiger. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz zufrieden sind. Doch gerade die betriebliche Arbeitszeitgestaltung fällt kleinen und mittleren Betrieben (KMU) sowie Handwerksbetrieben oft schwer. Wir schlagen deshalb ein Landesprogramm „Arbeitszeit und Lebenszeit“ vor. Durch die Erfassung von Arbeitszeitwünschen und betrieblichen Bedarfen könnten Betriebe und Beschäftigte dabei unterstützt werden, moderne und innovative Arbeitszeitarrangements zu finden. Dies ist ein großer Pluspunkt bei der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, die besonders für junge Menschen immer wichtiger wird. Mit einem solchen Landesprogramm leistet das Land Bremen einen wichtigen Beitrag, um sich für die stark nachgefragten Fachkräfte attraktiv aufzustellen und überregional abzuheben. Betriebe, die mitbestimmt und tarifgebunden sind, sollten hier bevorzugt gefördert werden.

Soziale Berufe aufwerten, Dequalifizierung vermeiden

Gerade in den sozialen Dienstleistungsberufen, wie in der Pflege aber auch bei der Kinderbetreuung, spitzt sich der Fachkräftebedarf zu. Obwohl dies lange absehbar war, wird nun nach schnellen Lösungen gesucht. Die Strategie, qualifizierte Hilfskräfte einzusetzen, ist unter dem zeitlichen Druck nachvollziehbar – langfristig aber nicht tragfähig. Die Attraktivität der Berufe leidet und die Einkommenssituation der Beschäftigten wird prekärer. Die dringend notwendige Aufwertung bleibt auf der Strecke. Die zukünftige Landesregierung ist deshalb gefordert, spätestens ab 2025 eine hochwertige und durchlässige generalistische Pflege-Assistenzausbildung zu etablieren. Andernfalls bleiben die Beschäftigten, die über eine einjährige Ausbildung verfügen, beruflich in der Sackgasse.

In den Erziehungsberufen muss die begonnene Aufwertung fortgesetzt werden; Hilfskonstruktionen, wie der Einsatz von Tagesmüttern oder die BAföG-finanzierte Ausbildung, dürfen nur Übergangslösungen sein. Der hohe Fachkräftebedarf kann auf Dauer nur dann gedeckt werden, wenn die Ausbildung attraktiver und tariflich vergütet wird. Dies wurde mit der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) angegangen. Die Zahl dieser Ausbildungsplätze muss kurzfristig verdreifacht und langfristig zur Regel werden.

02 Wirtschaft

Arbeitsplätze sichern und schaffen



→ Eine florierende Wirtschaft und ein intakter Arbeitsmarkt bilden das Fundament erfolgreicher Städte und Regionen. Doch trotz wachsender Beschäftigung und einer guten wirtschaftlichen Ausgangslage hinken Bremen und Bremerhaven anderen Städten hinterher. Aus der sozial-ökologischen Transformation ergeben sich hierzulande auch Chancen. Dafür müssen die großen Industriebetriebe fit für die Zukunft gemacht werden, indem sie ihre Produktionsweisen nachhaltig gestalten. Das sichert die zumeist gut bezahlten Arbeitsplätze. Zusätzliche Jobs entstehen jedoch eher in anderen Branchen. Die Landespolitik muss deshalb den Strukturwandel vorantreiben und die Wirtschaftskraft stärken.

Bremen als Energieland positionieren

Gerade die jüngere Vergangenheit hat gezeigt: Politik und Wirtschaft müssen sich kurzfristig von fossilen Energieträgern unabhängiger machen. Für Bremen bietet dies Chancen, sich als Energieland zu positionieren. Die Nähe zum Wasser und die Erfahrungen, die das Bundesland in der Offshore-Windenergie gesammelt hat, sind gute Voraussetzungen, um hier durchzustarten. Ziel sollte es sein, die gesamte Wertschöpfungskette im Land abzubilden – von der Erzeugung über die Speicherung bis zur Nutzung grüner Energie. Jetzt gilt es, die Potenziale der Wasserstofftechnologie durch gezielte Wirtschaftsförderung zu heben. Für Speichertechnologien oder für die industrielle Fertigung von Elektrolyseuren und Brennstoffzellen braucht Bremen eine strategische Ansiedlungsoffensive – und gut qualifizierte Beschäftigte vor Ort. Gelingt es, das Land Bremen als Hotspot der Wasserstoffwirtschaft zu positionieren, werden sich hier auch neue Qualifikationsanforderungen entwickeln. Bei den Weiterbildungsträgern müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie entsprechende Bildungsangebote vorhalten können – eine Wasserstoffakademie wäre ein wichtiger Baustein.

Innovative Ansiedlungen fördern

Die sozial-ökologische Transformation ist ohne technische Innovationen nicht denkbar. Im Bereich der künstlichen Intelligenz oder der Informationstechnologie, aber auch in Forschung und Entwicklung oder Beratung und Planung liegen große Potenziale für den Arbeitsmarkt. Bremen profitiert in einigen dieser Bereiche bislang zu wenig von diesen boomenden Segmenten. Vielversprechende Grundlagen (KI-Strategie, Netzwerk Bremen: AI) und Forschungsstandorte (DFKI, IAI der Universität Bremen) gibt es aber zum Beispiel im Bereich der künstlichen Intelligenz. Um weitere wissensintensive Bereiche zu stärken, braucht es die Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans samt adäquater Investitionen in Forschung, technische, aber auch soziale Innovationen sowie Transfer. Die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft muss um zielgenaue Gründungsförderung ergänzt werden. Zudem sollten attraktive Orte geschaffen werden, die darauf ausgerichtet sind, hoch qualifizierte Absolventinnen und Absolventen in Bremen zu halten. Dies kann auch durch die Schaffung zusätzlicher Masterstudiengänge gelingen.

Gesundheitsstandort weiterentwickeln

Die Gesundheitswirtschaft ist nicht nur eine existenzielle Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung, sondern auch ein wichtiger Arbeitgeber. Fast jede und jeder sechste Erwerbstätige in Bremen arbeitet hier. Durch die Pflege und Versorgung von Angehörigen sichert sie aber auch anderweitig Beschäftigung. Hiervon profitiert auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Etwa jeder neunte Euro im Land Bremen wird in der Gesundheitswirtschaft erarbeitet. Die Weiterentwicklung dieses Bereichs darf nicht länger an Ressortgrenzen scheitern. In Zukunft muss eine tragfähige Arbeitsstruktur zwischen Wirtschafts-, Gesundheits- und Wissenschaftsressort Sorge dafür tragen, dass Bremens Rolle als Forschungsstandort weiter untermauert wird, innovative Versorgungsstrukturen entwickelt, die wachsende Gesundheitsindustrie und Gründungen gefördert werden. Ein Transferzentrum hilft, bremische Gesundheitsforschung in bremische Gesundheitspraxis zu übersetzen.

Häfen fit für die Zukunft machen

Vor allem für Bremerhaven ist der Hafen einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Stadt. Durch die Digitalisierung und den zunehmenden Wettbewerb mit anderen Umschlagplätzen im Norden Europas geraten die Arbeitsplätze unter Druck. Auch die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten ändern sich. Deshalb ist es wichtig nicht nur in Beton, sondern auch in Köpfe zu investieren. Die Umsetzung des kürzlich erarbeiteten Hafenentwicklungskonzepts muss von entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen begleitet werden. Diese sollten stetig erweitert und den gegebenen Umständen angepasst werden. Die Veränderungen, vor denen die Umschlagplätze stehen, haben auch Folgen für die Nutzung der Hafenumflächen. Diese sind für eine gezielte Ansiedlungspolitik echte Filetstücke und müssen gezielt vermarktet werden.

Um Bremerhavens Wirtschaft auf breitere Füße zu stellen, muss eine industriepolitische Strategie entwickelt werden, die auf vorhandene Stärken setzt und diese mit neuen Ansätzen verknüpft. Der Umstieg auf erneuerbare Energien bietet hier Potenziale. So kann die Anlandung von Wasserstoff für zusätzlichen Umschlag sorgen. Außerdem ist zu prüfen, welche Chancen sich für Bremerhaven durch die Ausbauziele im Bereich der Offshore-Windenergie ergeben.

03

Qualifizierung

Ein Jahrzehnt der Aus- und Weiterbildung



➔ In den kommenden zehn Jahren wird die demografische Entwicklung den Arbeitsmarkt gravierend verändern, denn mit den Babyboomern wird eine besonders gut ausgebildete Generation in Rente gehen. Etwa jede und jeder vierte Beschäftigte mit einem Berufsabschluss wird den Arbeitsmarkt Richtung Ruhestand verlassen. Der Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft kann aber nur gelingen, wenn genügend gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sie umsetzen. Hinzu kommt, dass Menschen umso weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, je besser sie ausgebildet sind. Im Land Bremen leben und arbeiten aber überdurchschnittliche viele (junge) Beschäftigte und Arbeitslose ohne Berufsabschluss. Eine Qualifizierungsoffensive würde ihre Chancen verbessern und zugleich dafür sorgen, dass im Land genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Weiterbildung unterstützen

Gut qualifizierte Beschäftigte sind schon heute ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und werden es umso mehr, je knapper sie werden. Deshalb muss sich auch die Wirtschaftspolitik künftig stärker mit dem Faktor Arbeit und dem Thema Qualifizierung befassen. Gut ausgebildete Fachkräfte und eine funktionierende Weiterbildungsinfrastruktur sind große Standortvorteile. Gerade im Strukturwandel sollten deshalb Qualifikationsbedarfsanalysen und ein strategisches Qualifikationsmonitoring zum Standard in der Wirtschaftsförderung werden. Sie sollten von den zuständigen Ressorts angestoßen und durch die Agentur für Arbeit sowie die Sozialpartner begleitet werden, um zukunftsorientierte Qualifizierungsangebote für Beschäftigte auf den Weg zu bringen.

Ausbildung aufwerten

Eine gute berufliche Ausbildung ist wichtig für ein finanziell unabhängiges Leben. Doch der Aufholbedarf ist groß. Über einen langen Zeitraum haben die Betriebe im Land Bremen nicht ausreichend in ihren Fachkräftenachwuchs investiert. Dadurch sind viele junge Menschen ohne Berufsabschluss geblieben. Das muss sich ändern. Der schon beschlossene Ausbildungsfonds verspricht, dass sich wieder mehr Arbeitgeber aktiv an Ausbildung beteiligen und Betriebe sowie Azubis künftig schnell Unterstützung bekommen, wenn es einmal nicht rund läuft. Der Ausbildungsfonds muss jetzt auf sicherer gesetzlicher Grundlage zügig umgesetzt werden. Dann kann er die Zukunftschancen für die Jugend verbessern und dabei helfen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern.

Wertschätzung und Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung zeigt sich auch in der Infrastruktur. Das Azubi-Wohnheim im Ellener Hof ist ein erster Schritt, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zur Verfügung zu stellen. Auch der Bau moderner Berufsschulcampus trägt dazu bei, Ausbildung attraktiver zu machen und sollte rasch umgesetzt werden. Bis dahin muss mehr in die beruflichen Schulen investiert werden. Noch immer gibt Bremen sehr viel weniger für seine Berufsschülerinnen und Berufsschüler aus als etwa Berlin und Hamburg.

Um- und Aufstiege ermöglichen

Gerade in diesen Krisenzeiten ist die Arbeitsmarktpolitik gefragt. Sie muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Umstiege in andere Berufe oder Branchen organisieren und Aufstiege ermöglichen. Damit Übergänge gelingen, brauchen Menschen Unterstützung. Das Land Bremen könnte mit einer Transitionsgesellschaft ein Pilotprojekt starten. Diese könnte Beratungs- und Weiterbildungsangebote anbieten, damit der Umstieg von einem nicht mehr gefragten Beruf in einen Beruf mit Zukunft gelingt. Selbstbestimmte Aufstiege werden vor allem bei ungelerten Beschäftigten ausgebremst. Ein Landesprogramm Aufstieg zur Fachkraft durch Landes-BAföG könnte diese Leerstelle füllen: Es trägt die Kosten der Weiterbildung und finanziert einen Zuschuss zum Lebensunterhalt, um den Verdienstausschlag während der Weiterbildung auszugleichen. Darüber hinaus muss auch das erfolgreiche Modell der bremischen Aufstiegsfortbildungsprämie fortgesetzt werden, die Anreize setzt, um sich beruflich weiterzuentwickeln. Hier erhalten Menschen, die nachweisen können, dass sie erfolgreich an einer Aufstiegsfortbildung (beispielsweise zum Meister oder zur Meisterin) teilgenommen haben, 4.000 Euro als Anerkennung für die bestandene Prüfung.



Hochschulstandort stärken

Die Hochschulen im Land Bremen verzeichnen seit Jahren wachsende Studierendenzahlen. Mittlerweile sind mehr als 37.500 junge Leute an den öffentlichen und privaten Hochschulen in Bremen und Bremerhaven eingeschrieben. Das Problem: Den Hochschulen fehlen bis 2023 rund 100 Millionen Euro. Das ist die Differenz zwischen dem, was der Wissenschaftsplan theoretisch vorsieht und dem, was der Bremer Haushalt konkret veranschlagt. Bremen ist bereits seit vielen Jahren eines der Bundesländer mit den niedrigsten laufenden Ausgaben für Lehre und Forschung pro Studienplatz. Diesen Rückstand gilt es aufzuholen, um den akademischen Fachkräftebedarf langfristig zu decken und im Wettbewerb der Regionen konkurrenzfähig zu bleiben.

Mit einer höheren Grundfinanzierung sollte auch die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gestärkt werden. Um wissenschaftliche Weiterbildung für Beschäftigte attraktiver zu gestalten, müssen Hochschulen mehr berufs begleitende Studienangebote für beruflich qualifizierte anbieten können. Auch duale Studiengänge sind attraktiv für junge Menschen und Betriebe. Der Ausbau lohnt sich, wenn die Qualität durch klare Leitplanken, wie verbindliche Praxispläne und arbeitsrechtliche Standards gesichert ist.

Grundbildung zugänglich machen

Lesen, Schreiben und auch Rechnen gehören zu den Basiskompetenzen, die es ermöglichen, das eigene Leben zu gestalten. In Bremen und Bremerhaven leben Berechnungen zufolge circa 50.000 Menschen, denen es daran fehlt. Das Land hat sich unter anderem mit dem Bremer Rahmenkonzept für Grundbildung und Alphabetisierung auf einen guten Weg begeben, die Teilhabechancen dieser Menschen zu verbessern. Nun kommt es darauf an, bestehende Strukturen zu verstetigen. Doch wer Lernangebote macht, muss den Menschen auf Augenhöhe begegnen. Gut gelingt das zum Beispiel in Wohnquartieren – aber auch die Arbeitswelt wäre dafür ein wichtiger Ort. Es gilt deshalb, Grundbildung in der Arbeitsförderung und der beruflichen Weiterbildung fest zu verankern. Leider sind betriebliche Projekte ausgelaufen, die sich die Vermittlung von Lese- und Schreibkenntnissen zur Aufgabe gemacht hatten. Hier braucht Bremen neue Ansätze, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit geringen Schriftsprachkenntnissen gerecht zu werden.



04 Gleichstellung

Endlich Nägel mit Köpfen machen



➔ In Punkto Gendergerechtigkeit ist die To-do-Liste im Land Bremen noch lang. In keinem anderen Bundesland sind so wenig Frauen erwerbstätig, nirgendwo ist der Frauenanteil unter den sozialversicherten Beschäftigten so niedrig. Der Gender Pay Gap – also die Gehaltslücke zwischen Frauen und Männern – ist hingegen überdurchschnittlich hoch. Diesen Zustand darf sich Bremen nicht länger leisten. In der kommenden Legislaturperiode muss alles unternommen werden, damit deutlich mehr Frauen berufstätig sein können – und zwar auch mit 35 oder mehr Wochenstunden in einem qualifizierten Arbeitsverhältnis. Ein eigenes existenzsicherndes Einkommen ist die(!) Voraussetzung, um selbstbestimmt leben zu können und Altersarmut vorzubeugen. Darüber hinaus trägt eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt dazu bei, Familien- und Kinderarmut zu bekämpfen. Und schließlich kann so auch dem sich zuspitzenden Fachkräftebedarf begegnet werden.

Kinderbetreuung ausbauen

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung – auch über das Grundschulalter hinaus – ist die wichtigste Stellschraube, um zu mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt beizutragen. Hierfür braucht es bedarfsgerechte, verlässliche und flexible Angebote im Krippen- und Kitaalter – auch in den Randzeiten. Dies ist dringend notwendig, damit Familien die Sorge- und Erwerbsarbeit geschlechtergerecht verteilen können. Hier besteht im Land Bremen weiterhin Aufholbedarf. Auch aufgrund der niedrigeren Betreuungsquoten in den Krippen und Kitas liegt Bremen bei den erwerbstätigen Müttern hinter den anderen Bundesländern zurück. Deshalb müssen die Investitionen in Einrichtungen, in Plätze und in die Ausbildung deutlich erhöht werden.

Landesstrategie umsetzen

Den großen Handlungsbedarf bei der Frauenerwerbstätigkeit hat der Senat erkannt und die Landesstrategie „Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ erstellt. Diese enthält ein großes Bündel von Maßnahmen, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen beitragen können. Diese Strategie darf aber kein Papiertiger werden und muss konsequent das Ziel verfolgen, Frauen in gut bezahlte und qualifizierte Beschäftigung zu bringen. Dazu gehört es, Minijobs in sozialversicherte Jobs umzuwandeln oder Analyseverfahren zu fördern, die zur Gendergerechtigkeit in Unternehmen beitragen. Wichtig ist es außerdem, kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, sich geschlechtergerecht aufzustellen und Frauen als Fachkräfte zu gewinnen. Für alle diese Vorhaben braucht es eine sichere Finanzierung und klare Zuständigkeiten innerhalb der Ressorts.

Gender Budgeting vorantreiben

Sowohl die Digitalisierung, als auch die sozial-ökologische Transformation kosten Geld und werden den Arbeitsmarkt stark verändern. Frauen werden von diesen Prozessen nicht automatisch profitieren – im Gegenteil: IT- und industriebasierte Berufe sind noch immer männerdominiert. Deshalb muss sichergestellt werden, dass der hohe Bedarf an öffentlichem Geld nicht dazu führt, dass Frauen außen vor bleiben. Durch die konsequente Anwendung eines Gender-Budgeting-Verfahrens würden alle haushaltspolitischen Entscheidungen, Programme und Gesetze hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft. Es könnte so dazu beitragen, dass Frauen und Männer in gleichem Umfang von öffentlichen Haushaltsmitteln profitieren und für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen.

Gender-Ampel in der Wirtschaftsförderung

Vor allem in der Wirtschaftsförderung gehört das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus. Bislang haben Frauen von diesen Fördergeldern nur wenig profitiert, weil sie vor allem in männerdominierte (Industrie-)Branchen geflossen sind. Der bereits in der letzten Legislaturperiode angegangene Ansatz, auch Branchen wie das Gesundheitswesen in die Clusterförderung aufzunehmen, muss weiterverfolgt werden. Darüber hinaus muss darauf geachtet werden, dass auch Frauen von den Investitionen der Wirtschaftsförderung profitieren. Die bereits für die Mittelvergabe des Bremen-Fonds entwickelte Gender-Ampel sollte daher auch für diese Projekte angewendet werden.

05 Zuwanderung

Teilhabe und Integration verbessern



➔ Im Land Bremen leben und arbeiten Menschen aus Europa und aus aller Welt. Manche sind schon seit Generationen hier, andere erst vor Kurzem angekommen. Dabei sind die Rahmenbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund zumeist schlechter: Sie arbeiten häufiger unterhalb des erreichten Qualifikationsniveaus und sind stärker durch unsichere Arbeitsverträge belastet. Migrantinnen und Migranten sind zudem häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Dabei ist unsere Gesellschaft in einer Zeit demografischer Umbrüche auf Migration angewiesen. Umso wichtiger ist es, Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Beschäftigungspotenziale zu nutzen.

Aus- und Weiterbildung unterstützen

In der Arbeitswelt zeigen sich viele strukturelle Unterschiede zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit und ohne Migrationshintergrund. Um sie auszugleichen, sollen berufliche Aus- und Weiterbildung bei Menschen mit Migrationsgeschichte bewusst unterstützt und mehr abschlussbezogene Nachqualifizierung ermöglicht werden. Zugleich gilt es, ausreichend Qualifizierungsangebote vorzuhalten. So können Wissenslücken geschlossen werden, die der Anerkennung eines im Ausland erreichten Berufsabschlusses entgegenstehen. Der Region stünden so mehr Fachkräfte zur Verfügung. Zugleich ergeben sich für Menschen mit Migrationsgeschichte neue Möglichkeiten: Sie können von instabilen in stabile Arbeitsverträge wechseln, mehr Geld verdienen oder Arbeit finden, die auch ihrer Ausbildung entspricht.

Geflüchtete beraten und begleiten

Um Geflüchteten eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, brauchen sie Beratung und Begleitung. Denn viele Erwachsene sind zwar in ihrer Heimat ausgebildet worden, finden hier aber keine Arbeit – oder häufig unterhalb ihrer Qualifikation. Ein Teil der Schülerinnen und Schüler hat keinen deutschen Schulabschluss und viele suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Damit sie schnell gute deutsche Sprachkenntnisse erwerben und den Hauptschulabschluss nachholen können, müssen sie kurzfristig passende Angebote erhalten. Sie brauchen Zugang zu Aus- und Weiterbildung, zudem müssen ihre ausländischen Berufsabschlüsse zügig und kostenfrei anerkannt werden. Dies erfordert eine ausreichende Personalausstattung in der senatorischen Anerkennungsberatung und bei den anerkennenden Stellen des Landes Bremen.

Über allem steht dabei, dass schnell ein gesicherter Aufenthalt zuerkannt und eine Arbeitserlaubnis erteilt werden. Im Fall von befristeten Aufenthaltstiteln muss dafür gesorgt werden, dass eine rechtzeitige Verlängerung erfolgt, damit Eingliederungsprozesse nicht abreißen. Dann können soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration erfolgreich gelingen.



Krisen meistern – Fachkräfte sichern
Positionen der Arbeitnehmerkammer zur
Bürgerschaftswahl 2023



Arbeitnehmerkammer
Bremen

Bürgerstraße 1
28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
Telefax 0421.3 63 01-89
info@arbeitnehmerkammer.de
www.arbeitnehmerkammer.de